

# Geschichte und Selbstverständnis der Weimarer Koalition in Baden 1918–1932

Von

Michael Kitzing

*Dass Baden heute noch ein Bollwerk der Demokratie und Republik ist und, dass die deutsche und die badische Republik in Baden fest verankert ist*<sup>1</sup> – sah der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Ludwig Marum im Sommer 1924 als eines der zentralen Verdienste der Weimarer Koalition in Karlsruhe an. Im November 1925 resümierte sein Stellvertreter, Leopold Rückert, die gemeinsame Arbeit von Zentrum und Sozialdemokratie in der badischen Regierung mit den Worten: *Wir wollen diese Politik fortsetzen, weil sie eine bewährte ist.* Die stabile Politik der Weimarer Koalition, so die Überzeugung Rückerts, habe das Land vor bürgerkriegsartigen Ereignissen wie in anderen Ländern bewahrt: *Ich darf daran erinnern, dass die nationalistische Welle an der Schwelle unseres Landes Halt gemacht hat. Wir dürfen heute mit besonderer Genugtuung daran erinnern, dass wir Zustände wie in Bayern niemals gehabt haben und, wie ich hoffe, niemals bekommen werden. Zustände aber, wie wir sie in Hamburg, wie wir sie im Westen unseres Landes, wie wir sie in Mitteldeutschland, in den letzten Jahren beobachtet haben, haben wir in unserem Lande ebenfalls nicht zu verzeichnen gehabt*<sup>2</sup>. Ähnlich positiv wie Rückert bewertet selbst im Jahr 1932 noch der damalige Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei, Ernst Föhr, die gemeinsame Zusammenarbeit. Obwohl sich die Koalition inzwischen über die Frage des Badischen Konkordats entzweit hatte, musste Föhr betonen, dass man in 14 Jahren gemeinsam viel fruchtbare Arbeit geleistet habe und man das Land vor Erschütterungen, die andernorts längst eingetreten seien, bewahrt habe<sup>3</sup>.

1 Ludwig Marum in der Landtagssitzung vom 22. Juni 1924 – Dank für Anregungen meiner Studien an Dr. Madline Gund.

2 Verhandlungen des Badischen Landtages, Heft 545a, Sp. 153; vgl. auch Michael BRAUN, *Der Badische Landtag 1918–1933 (Handbuch der Geschichte des Parlamentarismus)*, Düsseldorf 2009, S. 454 mit Anm. 102.

3 Ernst FÖHR, *Am Scheideweg der Badischen Republik*, in: *Badischer Beobachter* 26.11.1932.

Wenngleich Rückert und Föhr als Spitzenkräfte der beiden Koalitionspartner daran gelegen sein musste, die gemeinsame Arbeit zu verteidigen, so sind die von beiden Politikern getroffenen Aussagen im Kern richtig.

Sicherlich, Baden war durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages zum Grenzland geworden und hatte den wichtigen Markt im Elsass verloren, so dass sich die wirtschaftliche Lage des Landes schwierig gestaltete. Gleichwohl hat Baden insgesamt während der Weimarer Zeit eine ruhige Entwicklung durchlaufen, die positiv von der Situation im Reich absticht – kommunistische Putschversuche in Mannheim 1919 und Lörrach 1923 blieben Episode. Auch in der Endphase der Weimarer Republik blieben dem Land bürgerkriegsartige Zustände wie in anderen Teilen des Reiches erspart.

Vor allem aber war die Regierungsarbeit durch ein hohes Maß an Kontinuität geprägt, eine Kontinuität, die sich augenscheinlich von den schnell wechselnden Koalitionen mit nur instabilen Mehrheiten auf Reichsebene, aber auch in einer ganzen Reihe anderer Gliedstaaten unterschied. Zwischen November 1918 und November 1932 wurde Baden durch ein schwarz-rotes Bündnis regiert, das bis 1925 und nochmals zwischen 1926 und 1929 um die DDP zur Weimarer Koalition erweitert wurde, seit 1931 gehörte schließlich die DVP der Regierung an. Radikale Parteien konnten während der gesamten Weimarer Epoche zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die Regierungsarbeit nehmen.

Baden hat in der Weimarer Zeit somit eine durchaus eigenständige Entwicklung durchlaufen, vielleicht könnte man sogar von einem Sonderweg sprechen. Aber unter welchen Voraussetzungen kam es nun im November 1918 zur Kooperation zwischen Zentrum und Sozialdemokratie? Warum war die Zentrums-partei, die die Sozialdemokraten zuvor heftig befehdet hatte, jetzt zum Zusammengehen mit einer aus ihrer Sicht revolutionären Partei bereit? Gab es für die Zentrums-partei gleichwohl programmatische Anknüpfungspunkte, durch die eine (am Ende langfristige) Zusammenarbeit mit der SPD möglich wurde und wer waren die Vorkämpfer für das schwarz-rote Bündnis?

Über die konkrete Situation im Herbst 1918 hinaus soll nach dem gemeinsamen Selbstverständnis der beiden Regierungspartner gefragt werden, oder anders: Wie wurde die gemeinsame Zusammenarbeit gegenüber Angriffen der Opposition legitimiert, auf welchen Politikfeldern herrschte Harmonie und wo ergaben sich Reibungsflächen? Hiermit untrennbar verbunden ist die Frage, wie die Regierungspolitik den eigenen Anhängern vermittelt wurde und warum die Koalition trotz langfristiger, zum guten Teil erfolgreicher Zusammenarbeit am Ende gleichwohl scheiterte.

## I. Mehrheiten und Koalitionen in Baden 1905–1917/18

Der Beginn des Ersten Weltkrieges fiel in Baden in die so genannte Großblock-ära. Beim Großblock handelte es sich um ein Stichwahlabkommen zwischen sämtlichen liberalen Gruppierungen einerseits sowie Sozialdemokraten ande-

rerseits, das erstmals 1905 praktiziert und bei den beiden darauf folgenden Landtagswahlen 1909 und 1913 verlängert worden war<sup>4</sup>. Im Laufe der Zeit entwickelte sich der Großblock zu einer informellen Koalition, wobei sich die gemeinsame Zusammenarbeit in erster Linie gegen die Zentrumsparterie richtete. Diese wurde möglichst konsequent vom Landtagspräsidium ferngehalten, während gleichzeitig die in Baden noch immer bestehenden Kulturkampfgesetze aufrechterhalten blieben.

Selbstverständlich war die Motivation der Großblockpartner für die gemeinsame Zusammenarbeit durchaus unterschiedlich. Für die Nationalliberalen war es Teil ihres Selbstverständnisses „Regierungspartei“ zu sein, dieser Status musste unbedingt erhalten werden, stand aber nicht mehr im Einklang mit den Wahlergebnissen. Seit der Gründung der Badischen Zentrumsparterie durch Theodor Wacker 1888 war der Stimmenanteil der Nationalliberalen klar rückläufig, nach der Wahlrechtsreform von 1905 (Neuzuschnitt der Wahlkreise, Einführung des direkten Wahlrechts)<sup>5</sup>, stand die Zentrumsparterie an der Schwelle zur absoluten Mehrheit. In dieser Situation wurde seitens der NLP die Verbindung mit der Sozialdemokratie gesucht, offiziell begründete man diese Zusammenarbeit mit der Notwendigkeit, die SPD an den bestehenden Staat heranzuführen zu wollen<sup>6</sup>.

Dieses Ziel – *Nationalisierung der Sozialdemokratie*<sup>7</sup> – konnte seitens der badischen Nationalliberalen nur verfolgt werden, da auch die südwestdeutsche SPD an einer entsprechenden Kooperation interessiert war und klar auf dem rechten Flügel ihrer Reichsparteiorganisation stand. So lautete die Überzeugung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Badischen Landtag, Wilhelm Kolb: *Den kapitalistischen Klassenstaat schaffen wir nicht dadurch aus der Welt, dass wir ihn in der Idee verneinen, vielmehr sind wir gezwungen, unserm politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einfluss nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen*. Dies sollte nicht in einer radikalen Opposition geschehen, der Gedanke einer rein negativen Agitations- und Demonstrationstätigkeit der Sozialdemokratie wurde durch Kolb abgelehnt. Es gelte, zu verhindern, dass Kräfte der *klerikal-*

4 Zum Großblock vgl. Jürgen THIEL, Die Großblockpolitik der nationalliberalen Partei Badens 1905–1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland (VKgL.B, 86), Stuttgart 1976; zusammenfassend Frank ENGEHAUSEN, Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918, Leinfelden-Echterdingen 2005, S. 181–194; Wolfgang HUG, Geschichte Badens, Stuttgart 1992, S. 289–291.

5 Vgl. Hans FENSKE, Endlich auf neuen Wegen. Die Verfassungsreform von 1904 und 1906, in: Ein Jahrhundert beginnt. Baden und Württemberg 1900–1914, hg. von Otto BORST, Tübingen 1996, S. 55–68, 225. Die Vorgeschichte der Wahlrechtsreform behandelt Renate EHRISMANN, Der regierende Liberalismus in der Defensive. Verfassungspolitik im Großherzogtum Baden 1876–1905, Frankfurt a. M. 1993, S. 266 ff.

6 Vgl. THIEL (wie Anm. 4) S. 139.

7 Ebd.

*konservativen Reaktion* das Staatsruder in die Hand bekamen, vielmehr sollte mit reformbereiten Kräften in den liberalen Parteien eine *Ära des politischen Fortschritts* eingeleitet werden<sup>8</sup>. Dies schien gerade in Baden möglich, wo Klassengegensätze nur verhältnismäßig schwach ausgeprägt waren, mithin Großagrarien und Schlotbarone als potentielle Feindbilder fehlten<sup>9</sup>. Im Gegenteil, gerade im kleinbürgerlich-agrarisch geprägten Großherzogtum, das lediglich mit der Rhein-Neckar-Region über nur ein zusammenhängendes Industrie- und Revier verfügte, schien ein Zusammenschluss zwischen Arbeiterschaft und reformbereiten Kreisen des Bürgertums weit eher möglich, als beispielsweise in den Industrieregionen Mitteldeutschlands. In Baden dagegen lagen viele Industriestädte wie Lahr, Singen oder Lörrach noch immer in einem agrarischen Umfeld, und die Arbeiterschaft war auch durch verwandtschaftliche Beziehungen eng mit der Landwirtschaft verbunden.

Trotz einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Landtag (vor allem zwischen 1909 und 1913)<sup>10</sup> kam es unter dem Vorzeichen des Ersten Weltkrieges 1917 zum Ende des Großblockes. Ursache hierfür bildeten vor allem die weitgesteckten Kriegsziele der Nationalliberalen, die zugleich den Forderungen der SPD nach weiteren innenpolitischen Reformen ablehnend gegenüberstanden<sup>11</sup>. Bemerkenswerterweise näherten sich die Nationalliberalen nunmehr dem Zentrum, indem sie in den Abbau noch bestehender Kulturkampfgesetze einwilligten. Die Zentrums-Partei konnte damit aus ihrer über ein Jahrzehnt andauernden landespolitischen Isolation heraustreten: Seit 1905 hatte man sich darauf beschränkt, den *Rotblock* anzugreifen und den Nationalliberalen vorzuwerfen, durch das Bündnis mit der *Umsturzpartei* SPD die Grundlagen des monarchischen Staates zu untergraben. Dem hatte das Zentrum sein Selbstverständnis als konservative Stütze der konstitutionellen Monarchie entgegengesetzt<sup>12</sup>.

8 Die Zitate: Wilhelm KOLB, Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik, Karlsruhe 1910, S. 11, 14; vgl. auch Hans-Joachim FRANZEN, Die SPD in Baden, in: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hg. von Jörg SCHADT / Wolfgang SCHMIERER, Stuttgart 1979, S. 88–106, hier S. 94.

9 Hierauf hatte der Parteisekretär in Oberbaden, Wilhelm Engler (1873–1938), die nord- und mitteleuropäischen Parteifreunde, die die Kooperation der badischen SPD mit den Liberalen scharf missbilligten, nachdrücklich hingewiesen, vgl. Volksfreund 29.8.1908; zu Engler vgl. auch Michael KITZING, Wilhelm Engler 1873–1938. Porträt eines Freiburger Sozialpolitikers im Zeitalter des Wilhelminismus und der Weimarer Republik, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 97 (2010), S. 437–458.

10 Zu den Erfolgen des Großblockes vgl. Wolfgang HUG, Kleine Geschichte Badens, Stuttgart 2006, S. 140 f.

11 Zur badischen Landespolitik im Ersten Weltkrieg vgl. Klaus-Peter MÜLLER, Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimitätsverlust des badischen Staates 1914–1918 (VKgL.B., 109), Stuttgart 1988.

12 Zum Selbstverständnis der Badischen Zentrums-Partei während der Großblockära vgl. u. a. Pius ENDERLE, Dr. Joseph Schofer. Der ungekrönte Großherzog v. Baden, Karlsruhe 1957, S. 109–111, 144–147; Hans-Georg MERZ, Katholische und evangelische Parteien in Baden seit

Nachdem freilich die Gemeinsamkeiten mit den Nationalliberalen erschöpft waren, war man aber auch seitens der badischen SPD bereit, auf das Zentrum zuzugehen. Im Vorfeld des Landtages von 1917/18 wurde das Großblockbündnis aufgekündigt, gleichzeitig erklärte sich die SPD bereit, dem Zentrum als stärkster Landtagsfraktion wieder den Posten des Landtagspräsidenten zuzugestehen. Nicht zufällig erfolgte die Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum nur wenige Wochen nach der Verabschiedung der Friedensresolution im Reichstag, in deren Umfeld Constantin Fehrenbach eine grundlegende Kehrtwende vollzogen hatte: Noch im Juni 1917 hatte Fehrenbach in einer Rede vor dem Freiburger Männergesangsverein, ähnlich den Nationalliberalen, überaus weitgesteckte Kriegsziele verkündet und Friedensbemühungen als Schwäche deklariert<sup>13</sup>. Unter dem Eindruck der Informationen Erzbergers hatte Fehrenbach bekanntlich zu den Mitunterzeichnern der Friedensresolution gehört und diese im Reichstag begründet<sup>14</sup>. Gleichwohl blieb die Haltung der Zentrumspartei während der kommenden eineinhalb Jahre äußerst ambivalent. Im Grunde wurde ersichtlich, dass die Partei über keine einheitliche Linie verfügte.

Auf der einen Seite standen jüngere Kräfte wie Heinrich Köhler und Joseph Wirth. Beispielsweise griff Köhler in einem Zeitungsartikel einen Vorschlag des sozialdemokratischen Volksfreund (Karlsruhe) auf, in dem für die Schaffung einer Aktionseinheit entsprechend dem Interfraktionellen Ausschuss im Reichstag geworben wurde. Ein solcher Ausschuss sollte auch im Badischen Landtag einen Mindestkatalog an politischen Reformen verabschieden<sup>15</sup>. Unterstützung erhielt Köhler von seinem Freund Joseph Wirth, der sich mit Nachdruck für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in den Gemeinden einsetzte<sup>16</sup> und der seinerseits die Zusammenarbeit mit der SPD im Reichstag auch vor dem Badischen Landtag verteidigte<sup>17</sup>.

Jedoch war die Position von Köhler und Wirth in der eigenen Partei nicht mehrheitsfähig. So mussten sich die beiden recht jungen Parlamentarier die Frage eines altgedienten Zentrumsmannes aus Heidelberg gefallen lassen: *Würde das Zentrum nicht besser die Front gegen die Sozialdemokratie kehren,*

dem 19. Jahrhundert, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hg. von Paul-Ludwig WEINACHT, Stuttgart 1978, S. 33–62, hier S. 38–40.

13 Freiburger Tagespost 288 vom 25.6.1917; zur Haltung Fehrenbachs vgl. auch Astrid-Luise MANNES, Reichskanzler Konstantin Fehrenbach. Eine Biographie (Subsidia academica. Reihe A, Neuere- und Neueste Geschichte, Bd. 7), Berlin 2005, S. 138.

14 Zum Sinneswandel Fehrenbachs vgl. ebd., S. 141.

15 Vgl. Volksfreund 21.4.1918 sowie 22.1.1918. – Zur Stellungnahme Köhlers vgl. Badischer Beobachter 29.1.1918, Volksfreund 2.2.1918; vgl. auch MÜLLER (wie Anm. 11) S. 233 ff.

16 Vgl. Joseph WIRTH, Das neue Deutschland, in: Freiburger Tagespost 31.12.1917.

17 Amtl. Berichte über die Verhandlung der Badischen Ständeversammlung (Zweite Kammer). Landtagsbeilage der Karlsruher Zeitung. Ordentlicher Landtag 1917/18, Sp. 400; vgl. auch MÜLLER (wie Anm. 11) S. 231.

*statt die Vaterlandspartei zu verfolgen?*<sup>18</sup> Auch die Einführung des parlamentarischen Systems stieß innerhalb der Zentrumsfraktion auf Widerstand; dieses wurde von Rednern des Zentrums gern als Ausfluss des französischen Denkens gesehen, dieses für Deutschland wesensfremde Regierungssystem dürfe weder Baden noch dem Reich aufoktroziert werden<sup>19</sup>.

Insgesamt hatte die Haltung des Zentrums zur Folge, dass der Badische Landtag in den letzten eineinhalb Kriegsjahren förmlich gelähmt war. Da lediglich Sozialdemokraten und Linksliberale auf innenpolitische Reformen drängten, diese jedoch über keine parlamentarische Mehrheit verfügten, sah die Regierung keinerlei Eile für die Vorlage entsprechender Reformgesetze – und verschob diese in die Zeit nach Kriegsende.

## II. Grundlagen und Chancen für die Zusammenarbeit von Zentrum und SPD im Herbst 1918

Mit Ausbruch der Revolution wurde die eineinhalbjährige Stagnation in der innenpolitischen Entwicklung des Landes letztlich überwunden<sup>20</sup>. Am 9. November 1918 bildeten sich in den Industriestädten des Landes Arbeiter- und Soldatenräte, noch am gleichen Tag einigten sich der Arbeiter- und Soldatenrat in Karlsruhe und ein eher bürgerlich geprägter Wohlfahrtsausschuss auf die Konstituierung einer so genannten Vorläufigen Volksregierung unter Führung von Anton Geiß (SPD). Im Gegensatz zum Rat der Volksbeauftragten in Berlin und zu den Übergangsregierungen in den meisten anderen deutschen Bundesstaaten handelte es sich bei der Vorläufigen Volksregierung um ein Allparteienkabinet. Natürlich dominierte die SPD mit fünf Ministern, USPD und Zentrum stellten jeweils zwei, die beiden liberalen Parteien je ein Kabinettsmitglied.

Wenngleich in Mannheim und zeitweilig auch in Karlsruhe noch der Versuch gemacht wurde, eine sozialistische Räterepublik auszurufen, konnte sich die Vorläufige Volksregierung überaus schnell konsolidieren. Bereits am 16. November konnte sie Wahlen für eine Verfassungegebende Landesversammlung am

18 Badischer Beobachter 29.1.1918; vgl. auch MÜLLER (wie Anm. 11) S. 234 mit Anm. 52.

19 Amtliche Berichte 1917/1918, Sp. 201; die insgesamt konservative Tendenz zahlreicher Zentrumsabgeordneter wird auch aus dem Aufsatz des Landtagspräsidenten der Zentrumsparlei Johann Zehnter deutlich: Johann ZEHNTER, Vaterland und politische Betätigung, in: Deutschland und der Katholizismus. Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Geistes und Gesellschaftslebens, hg. von Max MEINERTS / Herman SACHER, Freiburg i. Br. 1918, S. 139–158.

20 Zur Revolution in Baden vgl. Wilhelm Engelbert OEFTERING, Der Umsturz 1918 in Baden, Konstanz 1920; Gerhard KALLER, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, in: ZGO 114 (1966) S. 301–350; Michael KITZING, Novemberrevolution 1918 und frühe Pläne einer Vereinigung Badens mit Württemberg, in: Wegmarken badischer Geschichte, hg. von Paul-Ludwig WEIHNACHT / Heinrich HAUSS, Freiburg 2013, S. 150–174; Peter BRANDT / Reinhard RÜRUP, Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19, Sigmaringen 1991.

5. Januar 1919 ausschreiben, aus der die Zentrumsparterie (36,6%) vor der Sozialdemokratie (32,1%) und der neu gegründeten DDP (22,8%) als Sieger hervorgehen sollte. Der Großherzog verzichtete am 14. November 1918 auf die Ausübung der Regierungsgewalt, die endgültige Abdankung folgte acht Tage später.

Gleichzeitig mit der Ausschreibung der Wahlen setzte die Vorläufige Volksregierung eine Viererkommission, bestehend aus Johannes Zehnter (Z), Karl Glockner (NLP), Friedrich Weill (FVP) und Eduard Dietz (SPD) ein, die die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Angriff nehmen sollte<sup>21</sup>. Nachdem es innerhalb dieser Kommission über die Frage Ein- oder Zweikammerparlament zu Differenzen gekommen war, wurde letztlich der von Dietz ausgearbeitete Entwurf zur Grundlage für die Beratungen der Badischen Nationalversammlung. Die Verfassung wurde nach überaus zügig geführten Verhandlungen am 25. März 1919 parlamentarisch verabschiedet und am 13. April 1919 im Rahmen einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Zugleich verlängerte das Stimmvolk das Mandat der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, die nunmehr bis zum Herbst 1921 als Badischer Landtag fortbestand.

Damit war Baden noch vor allen anderen Ländern und auch vor dem Reich wieder zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückgekehrt, zugleich trat an die Stelle der Vorläufigen Volksregierung ein personell leicht verändertes Kabinett der Weimarer Koalition<sup>22</sup>.

Aus welchem Grund war nach dem Umbruch im November 1918 nunmehr so schnell eine verhältnismäßig zielorientierte und weitgehend einvernehmliche Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokraten möglich geworden? Inwiefern gab es im Selbstverständnis der beiden größten Parteien des Landes Schnittflächen, inwieweit konnten Spitzenkräfte beider Parteien auf einen gemeinsamen politischen Erfahrungshorizont, auf eine vergleichbare politische Sozialisation zurückgreifen?

Diese Frage lässt sich zunächst einmal aus dem Selbstverständnis der badischen SPD erklären. Auch nach dem Tod von Ludwig Frank (1874–1914) und Wilhelm Kolb (1870–1918), die als „Architekten“ des Großblockes angesehen werden konnten, wurde die reformistische Tradition der badischen SPD fortgesetzt. Beispielhaft hierfür steht die Einstellung des Sekretärs der oberbadischen Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Freiburger Arbeiter- und Soldatenrates, Wilhelm Engler (1873–1938), der noch während des Krieges – zum Teil auch

21 Zur Geschichte der badischen Verfassung von 1919 vgl. Detlev FISCHER, Eduard Dietz (1866–1940). Vater der badischen Landesverfassung von 1919 (Schriftenreihe des Rechtshistorischen Museums Karlsruhe, Bd. 16), Karlsruhe 2012, hier S. 34–43, Abdr. des Entwurfes Dietz ebd., S. 98–132 sowie der Verfassung, S. 133–151; vgl. zudem Gerhard KALLER, Zur Revolution von 1918 in Baden. Klumpp-Putsch und Verfassungsfrage, in: Oberrheinische Studien 2 (1973) S. 175–202.

22 Einzige Oppositionspartei im Landtag war zwischen 1919 und 1921 die DNVP, die bei den vorgegangenen Wahlen gerade einmal 7% der Stimmen erhalten hatte.

gegen Widerstände in der eigenen Lokalorganisation – immer wieder betont hatte: *Fortschritt auf allen Gebieten durch Reform. Das Prinzip alles oder nichts ist verfehlt*<sup>23</sup>. Engler wollte auch die Arbeiterklasse zur positiven Mitarbeit verpflichtet wissen, denn auch sie sei *mit Händen und Füßen an das Schicksal unseres Volkes gebunden*<sup>24</sup>. Aus diesem Grund hatte sich Engler während des Krieges für *Vaterlandsverteidigung* und die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen. Als Vorsitzender des Freiburger Arbeiter- und Soldaten-Rates bekannte er sich schließlich *zur Demokratie bis zur äußersten Konsequenz und somit zur republikanischen Staatsform*<sup>25</sup>. Dabei war es für ihn selbstverständlich, dass eine solche Republik soziales Gepräge tragen müsse. Rätedemokratische Vorstellungen trafen dagegen auf den massiven Widerstand Englers. Der Spartakusbund wurde von ihm mit Gewaltherrschaft gleichgestellt, der Gedanke einer Diktatur des Proletariats abgelehnt. Letztlich wollten seiner Ansicht nach die Spartakusleute das Volk lediglich ins Chaos stürzen<sup>26</sup>.

Dementsprechend gestaltete sich auch das Programm des Freiburger Arbeiter- und Soldaten-Rates. Ruhe und Ordnung wurden auch hier als hohes Gut angesehen. Der Besitz des Mittelstandes sollte geschützt werden, lediglich wirtschaftliche Großunternehmen sollten in Gemeingut umgewandelt werden, vor allem wollte man sozialpolitische Anliegen wie die Einführung des Achtstundentages durchsetzen. Für den Augenblick sahen die badischen Arbeiter- und Soldatenräte und die in ihnen führend vertretenen Sozialdemokraten ihre Aufgabe aber vor allem darin, die heimkehrenden Truppen wieder in Stellen zu vermitteln sowie die Ernährungs- und Brennstoffversorgung zu sichern. Zudem gab man sich in der Regel damit zufrieden, eine bestimmte Anzahl Vertreter in den jeweiligen Gemeinderat zu entsenden, der die Kommunalverwaltung überwachen sollte, ohne dass deren Handlungsspielräume übermäßig eingeengt wurden<sup>27</sup>.

Die Haltung Englers stand repräsentativ für die gesamte SPD-Spitze, die grundsätzlich weiterhin bereit war, mit bürgerlichen Kräften zusammen zu arbeiten. Überaus günstig im Hinblick auf eine Koalition mit dem Zentrum wirkte sich auch die wenig kulturkämpferische Haltung der badischen Genossen aus. Lediglich ein geringer Prozentsatz der badischen Sozialdemokraten war aus der

23 Volkswacht 31.10.1917; zu Engler vgl. auch KITZING, Wilhelm Engler (wie Anm. 9) S. 447 f.

24 Volkswacht 15.8.1917.

25 Volkswacht 18.11.1918; zum Freiburger Arbeiter- und Soldatenrat vgl. auch Carmen SCHILDE, Die lokalen Formen und Folgen des Übergangs vom Kaiserreich zur Republik in Freiburg, Zulassungsarbeit Freiburg 1975, S. 110–121.

26 Vgl. Volkswacht 19.11.1918; Wilhelm ENGLER, Freiburg, Baden und das Reich. Lebenserinnerungen eines südwestdeutschen Sozialdemokraten, 1873–1938, bearb. v. Reinhold ZUMTOBEL, hg. u. eingel. von Wolfgang Hug, Stuttgart 1991, S. 47.

27 Zu den Anliegen des Freiburger Arbeiter- und Soldaten-Rates vgl. KITZING, Wilhelm Engler (wie Anm. 9) S. 450 f. (mit weiteren Literaturverweisen).



Kirche ausgetreten, führende Repräsentanten der badischen SPD wie Eduard Dietz<sup>28</sup>, der Vater der badischen Verfassung von 1919, oder auch Emil Maier, der spätere Innenminister, waren der Kirche weiterhin verbunden und dementsprechend bereit, bei der Ausarbeitung der Kulturparagrafen der neuen Badischen Verfassung dem Zentrum entgegen zu kommen<sup>29</sup>.

Auf dessen Seite bildete schließlich ein Generationenwechsel die Grundlage für das zukünftige Bündnis mit der SPD. Wie bereits gehört, hatten vor allem Köhler und Wirth schon während des Weltkrieges für ein Zusammengehen mit der SPD geworben, ohne sich jedoch mit ihren Anliegen innerhalb ihrer Partei durchsetzen zu können. Bei der Bildung der vorläufigen Volksregierung handelte Köhler nunmehr eigenmächtig und konnte im Zusammenspiel mit dem Vorsitzenden des Karlsruher Zentrums, Gustav Trunk, die Regierungsbeteiligung seiner Partei durchsetzen. Trunk übernahm als Vereinsanwalt des Badischen Bauernvereins das Landwirtschaftsministerium, Joseph Wirth wurde in Abwesenheit mit dem Finanzministerium betraut, Köhler selbst wurde zunächst Pressechef im Innenministerium<sup>30</sup>.

Für einen Regierungseintritt der Zentrumspartei waren für Köhler zwei Argumente maßgeblich: Zunächst einmal hatte er festgestellt, dass angesichts der sich zuspitzenden Krise Edmund Rebmann, der Vorsitzende der badischen Nationalliberalen, mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ludwig Marum, in Kontakt getreten war. Die Tendenz der Gespräche zwischen Rebmann und Marum war Köhler sofort klar: Hier schien sich eine Neuauflage des Großblocks anzubahnen, was in jedem Fall verhindert werden musste. Mehr aber noch als vor den Nationalliberalen fürchtete sich Köhler vor einer Machtübernahme durch radikalsozialistische Kräfte mit allen daraus resultierenden negativen Folgen für die katholische Kirche. In dieser Situation, so die Überzeugung Köhlers, müsse unbedingt die Kooperation mit den gemäßigten Kräften innerhalb der badischen SPD gesucht werden, was durch eine Regierungsbeteiligung der Zentrumspartei geschehen könne<sup>31</sup>.

Die Haltung Köhlers wurde auch durch den Freiburger Erzbischof Thomas Nörber voll umfänglich geteilt. Selbstverständlich lehnte die Kirche aus ihrem Staatsverständnis heraus einen Umsturz der bestehenden, von Gott eingesetzten, Staatsgewalt ab. Selbstverständlich stand es dem Katholiken nicht zu, sich an einem solchen Umsturz zu beteiligen. In der konkreten Situation aber, so auch die Überzeugung des Oberhirten, galt es durch die Regierungsbeteiligung

28 Zur religiösen Haltung von Dietz und dessen Engagement bei den „Religiösen Sozialisten“ vgl. FISCHER (wie Anm. 21) S. 47 ff.

29 Vgl. Friedrich WIELANDT, *Schule und Politik in Baden während der Weimarer Republik*, Univ. Diss. Freiburg 1976, S. 43–49.

30 Heinrich KÖHLER, *Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949*. Unter Mitwirkung von FRANZ ZILKEN, hg. von Josef BECKER (VKgLA, 11), Stuttgart 1964, S. 77–90.

31 Vgl. ebd., S. 92 f.; zur nachfolgend geschilderten Argumentation des Erzbischofs vgl. ebd.

und die Zusammenarbeit mit gemäßigten Sozialdemokraten ein weiteres Abdriften der Entwicklung nach links unbedingt zu unterbinden.

Anders als vom Erzbischof wurde Köhler dagegen innerhalb seiner Partei für die von ihm getroffene Richtungsentscheidung überaus scharf kritisiert<sup>32</sup>. Eine Versammlung des Zentralausschusses der Partei in Offenburg am 11. November 1918 hätte beinahe mit einem Eklat geendet. So äußerte beispielsweise Landtagspräsident Ferdinand Kopf den Wunsch, die gesamte Vorläufige Volksregierung solle doch besser wieder verschwinden. Erst das Votum des Erzbischofs und der ausdrückliche Dank des Großherzogs an die bürgerlichen Minister konnten den Zentralausschuss der Badischen Zentrumspartei dazu bewegen, die Regierungsbeteiligung nunmehr auch offiziell zu billigen.

Mit dieser Grundsatzentscheidung bzw. dem Eintritt der Zentrumspartei in die Vorläufige Volksregierung wurde zugleich ein Generationenwechsel innerhalb der Partei vollzogen. Viele ältere Politiker, die zwischen der Mitte der 1840er und dem Beginn der 1860er Jahre geboren waren, zogen sich nunmehr aus der Landespolitik zurück. Dies gilt beispielhaft für den Parteivorsitzenden Theodor Wacker (1845–1921), der zwar noch bis zu seinem Tod nominell Parteivorsitzender blieb, gleichwohl seit 1917 gesundheitlich schwer angeschlagen war und keinen aktiven Part mehr wahrnehmen konnte. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Schwetzingen Zigarrenfabrikant Caspar August Neuhaus (1860–1926) arbeitete zwar noch an der Reorganisation der Partei im Winter 1918/19 mit, verzichtete jedoch auf eine weitere Landtagskandidatur. Ferdinand Kopf (1857–1943) hatte zwar bis 1921 noch das Landtagspräsidium inne, blieb dabei aber letztlich auf dieses eher repräsentative Amt beschränkt.

Vor allem aber war es Constantin Fehrenbach (1852–1926), der sich nun gänzlich auf die Reichspolitik konzentrierte und durch die Aufgabe seiner kommunalen Mandate in Freiburg den vollständigen Rückzug aus der Landespolitik angetreten hatte. Mit Fehrenbach schied damit ein Mann aus der Landespolitik aus, von dem sein Parteifreund Joseph Wirth in zugespitzter Form meinte: *Er war immer ein devoter Monarchist gewesen. [...] Er hat den Herrschenden, den königlichen wie den kaiserlichen die Huldigung nie versagt!* Zwar habe er, wie in der Debatte über die Zabern-Affäre bisweilen scharfe Worte des Protests gefunden, gleichwohl: *Im kaiserlichen Regime war er einer der besten rhetorischen ‚Protestanten‘, ohne dass der Protest später noch aufrechterhalten worden wäre.* Den Streit habe er nicht geliebt, letztlich war er für Wirth nicht mehr als *einer der besten Interpreten und Rhetoriker der angestammten Untertänigkeit*<sup>33</sup>.

Mit Wirth (1879–1956) selbst trat nun eine deutlich jüngere Politikergeneration in der Badischen Zentrumspartei an, die zwischen der Mitte der 1860er

32 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 91–94.

33 Joseph WIRTH, Der Einzug in das badische Finanzministerium, s. I, in: Bundesarchiv Koblenz Nachlass Joseph Wirth, Nr. 134.

und dem Ende der 1870er Jahre geboren war. So war die Entscheidung zur Kooperation mit den Sozialdemokraten, abgesehen von Wirth und Köhler, maßgeblich durch den Landessekretär der Badischen Zentrumspartei Otto Kraus (1870–1919), Gustav Trunk (1871–1936) und nach kurzem Zögen auch durch Josef Schofer (1866–1930) mitgetragen worden. Während Fehrenbach, zumindest nach Überzeugung Wirths, dem gehobenen Bürgertum angehört hatte und stets über materiellen Wohlstand verfügt habe<sup>34</sup>, kamen sowohl Wirth wie auch seine Mitstreiter aus durchaus einfachen, ja bescheidenen sozialen Verhältnissen. Köhlers Vater hatte sein Einkommen zeitweilig als Wirt, später als Werkschreiber bei der Eisenbahn verdient<sup>35</sup>. Um die finanziellen Verhältnisse der Familie aufzubessern, musste der spätere Reichsfinanzminister in Jugendjahren sogar als Milch- bzw. Zeitungsjunge arbeiten<sup>36</sup>. Der Vater von Otto Kraus war Tapetendrucker<sup>37</sup>, der Vater Wirths hatte zunächst als Lohnkutscher gearbeitet, in späteren Jahren war er immerhin zum Maschinenmeister im Herder Verlag aufgestiegen, wodurch er der Familie einen bescheidenen Wohlstand bieten konnte<sup>38</sup>.

Die Herkunft aus kleinen Verhältnissen brachte selbstverständlich ein hohes Maß an Aufgeschlossenheit für soziale Anliegen mit sich. Mit großer Sympathie schildert Wirth die Tätigkeit seines Vaters als Mitglied des Freiburger Bürgerausschusses. Er habe großen Stolz empfunden, in späteren Jahren dessen Platz in dieser Versammlung übernommen zu haben: Indem nun er die Arbeit seines Vaters fortsetzte, verstand sich Wirth als *Sozialist*. *Wenn man unter Sozialismus verstehen will, dass es nicht angebracht ist, aus irgendwelchen Gründen, etwa aus Voreingenommenheit oder blöder Vornehmheit und vornehm-tun-wollen, eine betonte und entschiedene soziale Haltung einzunehmen, wenn es für einen Beamten nicht erlaubt sein soll, beredter Anwalt der kleinen Leute zu sein, dann bin ich allerdings immer Sozialist gewesen. Gegen Vorurteile, vor allem solche des Standes und der Geburt [...], stand ich von Anfang an in Opposition*<sup>39</sup>.

Mit seinem Eintreten für soziale Belange stand Wirth in der Badischen Zentrumspartei keineswegs allein. Auch wichtige Kommunal- und Regionalpolitiker wie beispielsweise der Vorsitzende der Zentrumspartei des Seekreises, Hugo Baur, stammten aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Der Sohn eines

34 Ebd.

35 Heinrich Köhler. Politiker und Staatsmann 1878–1949, hg. von Klaus E. R. LINDEMANN / Franz ZILKEN, Karlsruhe 1992, S. 92.

36 Vgl. Josef BECKER, Einleitung zu Heinrich Köhler (wie Anm. 30) S. 19\*–51\*, hier S. 2\*.

37 Clemens SIEBLER, Otto Kraus, in: Badische Biographien, Neue Folge 4, S. 170 f.

38 Zum familiären Hintergrund Wirths vgl. Heinrich KÜPPERS, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik (Historische Mitteilungen, Beiheft, Bd. 27), Stuttgart 1997, S. 17.

39 Joseph WIRTH, Wie wird man Abgeordneter?, S. IV, in: Bundesarchiv Koblenz Nachlass Joseph Wirth, Nr. 134.

Bäckers sollte es bis zum angesehenen Rechtsanwalt und Mitglied des Konstanzer Stadtrates bringen<sup>40</sup>. Baur hatte sich bereits als Primaner intensiv mit dem Gedankengut der Sozialdemokratie auseinandergesetzt und war in der Schule negativ aufgefallen, weil er an einer Versammlung des bekannten Offenburger Sozialdemokraten Adolf Geck teilgenommen hatte<sup>41</sup>. Während des Studiums in Heidelberg diskutierte er die sozialen Probleme seiner Zeit in einer katholischen Verbindung, genauso wie er auf Veranstaltungen der christlichen Gewerkschaften zu finden war<sup>42</sup>.

Auch Wirth trat während des Studiums durch sein soziales Engagement hervor. So gehörte er 1909 zu den Gründungsmitgliedern der so genannten Akademischen Vinzenzkonferenz in Freiburg<sup>43</sup>. Diese war ihrerseits aus der seit 1902 bestehenden, von Joseph Schofer ins Leben gerufenen *Sozialkarikativen Vereinigung* hervorgegangen. Schofer sollte schließlich während der zwanziger Jahre zur prägenden Persönlichkeit der Landespolitik werden. Der neue Partei- und Fraktionsvorsitzende des Zentrums entstammte seinerseits als Sohn eines Holzfällers aus überaus einfachen Verhältnissen. „Es wäre verwunderlich, wenn Schofer, der Priester, der Mann aus dem Volke, der ehemalige arme Waldarbeiter, nicht gerade die sozialen und karikativen Pflichten als die ihm besonders aufgegebenen Obliegenheit erkannt hätte“<sup>44</sup>. Vor seinem Wechsel in die Politik hatte Schofer als Studentenseelsorger gewirkt und eben u. a. die *Sozialkarikative Vereinigung* ins Leben gerufen, deren Ziel es sein sollte, *das Verständnis für die soziale Frage auch in den künftigen ‚Führern des Volkes‘ zu wecken, die Studenten sollten durch Eigenerleben einen Blick in das soziale Elend und in die Seelen der davon betroffenen Menschen werfen*<sup>45</sup>. Dementsprechend organisierte Schofer Betriebsbesichtigungen bei einigen südbadischen Großunternehmen, zugleich sollten die Studenten auf gemeinsamen Zusammenkünften Kontakt mit den Mitgliedern der Arbeiter-, Gesellen- und Lehrlingsvereine knüpfen.

Somit bildeten eine betont soziale Gesinnung der nunmehr an die Spitze der Badischen Zentrumspartei getretenen Politikergeneration in Verbindung mit der revisionistischen Überzeugung der badischen SPD und deren wenig kulturkämpferischen Haltung die Grundlage für die kommende Regierungszusammenarbeit.

40 Hugo BAUR, *Mein politischer Lebenslauf*, Konstanz 1929, S. 7.

41 Ebd., S. 13.

42 Ebd., S. 17.

43 ENDERLE (wie Anm. 12) S. 70.

44 Ebd., S. 287.

45 Joseph SCHOFER, *Studentenseelen und Präsessorgen*, Freiburg i. Br., S. 65 f. – zu den im Folgenden geschilderten Aktivitäten der „Sozialkarikativen Vereinigung“ vgl. ebd., S. 64 ff.

46 Valentin EICHENLAUB / Gustav HARTMANN / Fridolin HEURICH, *Sozialpolitik und Fürsorgewesen*, in: *Zentrumspolitik auf dem Badischen Landtag vom November 1925 bis Juli 1928*, hg. im Auftrag der Badischen Zentrumsfraktion, Freiburg i. Br. 1928, S. 51–59, hier S. 53.

### III. Sozialpolitik und republikanisches Selbstverständnis als Grundpfeiler der Weimarer Koalition

Entsprechend der gerade aufgezeigten Sozialisation zahlreicher führender Zentrums Politiker entwickelte sich die Sozialpolitik zur wichtigen gemeinsamen Basis der Zusammenarbeit zwischen Zentrum und SPD. In den Rechenschaftsberichten der Zentrumsfraktion nahm dieses Politikfeld regelmäßig breiten Raum ein, wobei ausdrücklich die *geistige und soziale Entproletarisierung des überwiegenden Teils unseres Volkes* eingefordert wurde. In diesem Sinne wünschte der sozialpolitische Sprecher der Zentrumsfraktion ausdrücklich „*die Eingliederung [der Arbeiterschaft] im Staats- und Volksleben. Der Arbeiter muss das Gefühl bekommen, ich bin Bürger, nicht Zurückgesetzter. Sozialpolitik darf nicht als Last, sondern als sittliche Verpflichtung, als Förderung der Wirtschaft angesehen werden*“<sup>46</sup>. Folglich bekannte sich die Badische Zentrumspartei zur Tradition des sozialen Katholizismus, der in Baden durch Joseph Ritter von Buß und den Mainzer Bischof Emanuel von Ketteler verkörpert wurde.

Wenn auch die Zentrumsfraktion bei ihrem Engagement für die Rechte der Arbeiter der katholischen Soziallehre folgte, womit auch regelmäßig paternalistische und stark sozialharmonische Vorstellungen artikuliert wurden, so herrschte in konkreten tagespolitischen Fragen weitgehend Einigkeit mit dem Koalitionspartner SPD. Dies galt beispielsweise beim Eintreten der beiden Regierungsfractionen für die Rechte der Tabakarbeiterschaft, wobei die Zentrumsfraktion die Staatsregierung darauf aufmerksam machte, *dass die Löhne der Tabakarbeiterschaft sich weit unter dem Existenzminimum bewegen und die Beschäftigungsverhältnisse derselben in den letzten Jahren sich außerordentlich verschlechtert haben*<sup>47</sup>. Dementsprechend wurde die Staatsregierung dazu aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verelendung der Tabakarbeiterschaft entgegenzutreten. Ergebnis dieser Eingabe war die Ausarbeitung eines Gutachtens durch das Landesgewerbeamt unter Leitung des ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitsministers Wilhelm Engler über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiterschaft, so dass es, so die Überzeugung der Zentrumsfraktion, zur *Aufrüttlung der öffentlichen Meinung*<sup>48</sup> zu Gunsten der Tabakarbeiterschaft kam. Konkret trat die von beiden Parteien getragene Staatsregierung bei Tarifstreitigkeiten zu Gunsten der Tabakarbeiterschaft ein und trug 1927 dazu bei, einen Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Tabakindustrie auf Reichsebene auszuhandeln<sup>49</sup>.

47 Vgl. die Anfrage der Zentrumsfraktion bzgl. Ergreifung von Maßnahmen gegen die wirtschaftliche und gesundheitliche Verelendung der Tabakarbeiter vom 10. Juli 1924, in: Verhandlungen des Badischen Landtages, Heft 542, S. 224, nicht gedruckte Anfrage, OZ 116; zur Begründung dieses Antrages vgl. Verhandlungen des Badischen Landtages, Heft 539b, Sp. 2515 f.

48 EICHENLAUB / HARTMANN / HEURICH (wie Anm. 46) S. 54.

49 Ebd. – zum Engagement des Zentrum für die Tabakarbeiterschaft vgl. auch Valentin EICHENLAUB, Zentrum und Sozialpolitik, in: Zentrums politik auf dem Badischen Landtag 1929/30, hg. im Auftrag der Badischen Landtagsfraktion, Freiburg i. Br. 1930, S. 62–69, hier S. 64 f.

Neben der Tabakarbeiterschaft beschäftigten sich beide Parteien auch eingehend mit der Situation von Langzeiterwerbslosen, denen durch Umschichtungen im Haushalt wiederholt Weihnachtsbeihilfen oder außerordentliche Mittel zur Linderung besonderer Notstände bereitgestellt wurden<sup>50</sup>.

Die Stellung der Arbeiterschaft wollten beide Parteien auch *durch die Heranziehung von Angehörigen des Arbeiterstandes als Gewerbekontrolleure* wie auch durch die Ausbildung von Arbeiterrichtern für die Besetzung von Gewerbegerichten fördern<sup>51</sup>, in diesem Zusammenhang erfolgte die Bereitstellung umfangreicher Mittel für (seitens der Gewerkschaften organisierte) Fortbildungskurse von Betriebsräten.

Vor allem waren sich beide Koalitionspartner einig, dass Mittel zur *Förderung von Arbeiten für die Erwerbslosen* bereitgestellt werden sollten<sup>52</sup>. Der letztlich in der gesamten Weimarer Zeit hohen Sockelarbeitslosigkeit sollte durch umfassend geförderte Notstandsarbeiten und groß angelegte Infrastrukturprojekte entgegengewirkt werden: *So haben wirtschaftliche Unternehmen, an denen der Staat wesentlich beteiligt ist, im kalten Winter 1928/29 bis zu 11 Millionen Reichsmark Arbeitsaufträge für Wasserkraftwerke an die badische Industrie erteilt. Weitere Aufträge sind inzwischen durch den Bau des Schluchseewerkes, der Werke Ryburg-Schwörstadt und Dogern erfolgt. Das gleiche gilt auch für die Vereinigten badischen Staatssalinen AG und das Badenwerk*<sup>53</sup>. Damit sind die großen wirtschaftspolitischen Leistungen der badischen Koalition in den 1920er Jahren genannt. Durch den Ausbau des Kraftwerkes an der Murg, der Schwarzenbachtalsperre und schließlich des Schluchseewerkes ist es der schwarz-roten bzw. der Weimarer Koalition gelungen, die flächendeckende Elektrifizierung des Landes sicherzustellen und gleichzeitig durch Großprojekte die Arbeitslosigkeit zumindest abzufedern. Durch den Ausbau dreier Eisenbahnstrecken im Schwarzwald, vor allem durch den Bau der Dreiseisenbahn als Zubringerbahn für das Schluchseewerk, konnte zudem das Land infrastrukturell und auch touristisch erschlossen werden. Gleichzeitig kam es zum Ausbau des Stromnetzes, sodass Finanzminister Köhler mit Stolz dem Landtag darüber berichten konnte, dass 2000 km Überlandleitungen Baden zu einem

50 EICHENLAUB / HARTMANN / HEURICH (wie Anm. 46) S. 56; vgl. auch EICHENLAUB, Zentrum und Sozialpolitik (wie Anm. 49) S. 64.

51 EICHENLAUB / HARTMANN / HEURICH (wie Anm. 46) S. 51 f.; zum Engagement der Zentrumspar-  
tei für den Ausbau des Schlichtungswesens, der Arbeitsgerichte und der Gewerbeaufsicht vgl.  
beispielsweise Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages 1929/30,  
Sp. 585, 600, 604 (betr. Ausbau der Gewerbeaufsicht zur Sicherung des Arbeitsschutzes beim  
Ausbau des Schluchseewerkes); Amtliche Berichte 1929/30, Sp. 1646 (Ausbau des Schlich-  
tungswesens); Amtliche Berichte 1929/30, Sp. 1618 betr. Zuschüsse (für Rechtsauskunftsstel-  
len der Arbeiterschaft); Amtliche Berichte 1929/30, Sp. 923 (weiterer Ausbau der Arbeits-  
gerichte).

52 EICHENLAUB / HARTMANN / HEURICH (wie Anm. 46) S. 55.

53 EICHENLAUB, Zentrum und Sozialpolitik (wie Anm. 49) S. 62.

wichtigen Verbindungsstück der europäischen Elektrizitätsverkehrsstrasse zwischen dem Gotthard und der deutsch-holländischen Grenze werden ließen, während zugleich 1200 km Ortsnetze alle badischen Haushalte an das Stromnetz anschlossen<sup>54</sup>.

Weit stärker aber noch als gemeinsame Ziele auf dem Sektor Arbeit und Soziales und die infrastrukturelle Erschließung des Landes verband die beiden Koalitionspartner Zentrum und SPD ein gemeinsam gepflegtes republikanisch-demokratisches Selbstverständnis, das typisch für die politische Kultur Badens war und das sich nur aus der Geschichte des Landes seit Beginn des 19. Jahrhunderts erklären lässt<sup>55</sup>.

Das Großherzogtum Baden war als Kunstprodukt im Gefolge der Französischen Revolution bzw. der Napoleonischen Kriege entstanden, über eine gemeinsame Tradition bzw. über ein gemeinsames Integrationsmoment verfügte die Bevölkerung anfangs nicht. Infolgedessen musste ein solches gemeinsames Identifikationsobjekt geschaffen werden, wobei sich im Anschluss an den Wiener Kongress das Mittel der Verfassungsgebung anbot. Erst mit der badischen Verfassung von 1818, so schon die Überzeugung von Carl von Rotteck, war aus Nellenburgern, Vorderösterreichern sowie Untertanen der zahlreichen kleineren und größeren geistlichen Herren in der Zeit des Alten Reiches nunmehr ein einheitliches badisches Staatsvolk entstanden.

Der gesamte Vormärz war nun geprägt durch die Auseinandersetzungen der Kammer mit der Regierung um die Erweiterung der konstitutionellen Rechte. Zum ersten Höhepunkt wurde dabei der Landtag von 1830, die Kammer setzte damals ein liberales Pressegesetz durch, das auf Druck des Bundes in den folgenden Jahren zurückgenommen werden musste. Zu einer überaus breiten Mobilisierung der Bevölkerung führten schließlich kurz nach 1840 die Versuche des konservativen Ministers Freiherr von Blittersdorff durch Wahlbeeinflussung und Verweigerung des Urlaubs von Beamten-Abgeordneten die Kammer gefügig zu machen. Von dieser Mobilisierung Anfang der 1840er Jahre führte schließlich der direkte Weg in die drei Volkserhebungen der Jahre 1848/49, als deren Ergebnis Baden zur Republik wurde. Deren gewaltsames Ende durch preußische Truppen wurde von breiten Bevölkerungskreisen schließlich als traumatisches Erlebnis empfunden. Ausfluss dessen war folglich eine anhaltende Aversion gegen Preußen, während gleichzeitig die badischen Demokraten Friedrich Hecker und Gustav Struve zu einem populären Mythos wurden. War mit Hecker und Struve die demokratische Traditionslinie in der badischen

54 Vgl. Verhandlungen des Badischen Landtages, Heft 545b, Sp. 2346; zu den genannten Infrastrukturprojekten vgl. auch KÖHLER (wie Anm. 30) S. 111–117; BECKER, Einleitung (wie Anm. 36) S. 26\*f.; KRITZING, Wilhelm Engler (wie Anm. 9) S. 452 f. (mit weiteren Literaturangaben).

55 Zu dem im Folgenden beschriebenen republikanisch-demokratischen Selbstverständnis vgl. Tobias WÖHRLE, Leo Wohleb. Eine politische Biographie. „Treuhand der alten badischen Überlieferung“, Karlsruhe 2008, S. 26 ff.

Geschichte aufgezeigt, so trat hierzu noch eine liberale. Auch diese war bereits mit der Verfassung von 1818 begründet worden – galt diese doch als die damals fortschrittlichste im gesamten Gebiet des Deutschen Bundes. Auch in den 1860er Jahren wurde die liberale Traditionslinie fortgesetzt. In den Jahren der „neuen Ära“, der Frühphase der Regierungszeit Großherzog Friedrichs I., war Baden faktisch parlamentarische Monarchie, diese stand als liberales Musterland wie kein anderer deutscher Bundesstaat für Modernisierung und Demokratisierung.

Das Selbstverständnis des liberalen und demokratischen Baden wurde auch am Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Verfassungsreform von 1905 weiter gepflegt und hatte Eingang in überaus breite Bevölkerungskreise gefunden, weit über SPD und DDP hinaus. Gerade Joseph Wirth, Heinrich Köhler, Hugo Baur und letztlich auch Joseph Schofer hatten dieses Selbstverständnis verinnerlicht, bezeichnenderweise hatte Joseph Wirth schon am 11. November 1918 – in diesem Fall freilich in Absetzung zu rätendemokratischen Experimenten – darauf hingewiesen, dass man in Baden bereits schon seit langem über liberale bzw. parlamentarisch-demokratische Traditionen verfüge, die es nun weiter fortzuentwickeln gelte<sup>56</sup>.

Auch das Engagement der Zentrumspartei im Zusammenspiel mit den Koalitionspartnern SPD und DDP im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entsprach der liberalen und demokratischen Tradition des Landes: Einen Höhepunkt dieses Engagements bildete der so genannte Oberbadische Republikanertag an Pfingsten 1926, an dem Vertreter aller Koalitionsparteien, so Innenminister Adam Remmele (SPD), Heinrich Köhler, Joseph Schofer sowie die Reichstagsabgeordneten Karl Diez (Z) und als Gast Theodor Heuss zusammengefunden hatten<sup>57</sup>. Bereits in den Tagen zuvor war der Oberbadische Republikanertag intensiv Gegenstand der Presseberichterstattung in der Deutschen Bodenseezeitung, zugleich dem auflagenstärksten Blatt der Badischen Zentrumspartei. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine eingehende Würdigung der Revolutionäre von 1848 durch das katholische Organ. Zwar wurde dabei der Gedanke, einen Umsturz heraufzuführen zu wollen, verurteilt, gleichwohl hielt die Bodenseezeitung fest, dass die Revolutionäre von 1848 edle Gründe für ihr Handeln besaßen: [...] *was sie damals wollten, waren, was wir heute als selbstverständlich betrachten, verfassungsmäßig niedergelegte Rechte des Volkes*. Auch müsse den Revolutionären zugestanden werden, dass sich diese gegen Regierungen erhoben hätten, deren ganzes Verhalten sich durch traurige Rückständigkeit und eklen Egoismus ausgezeichnet habe<sup>58</sup>.

56 Vgl. Freiburger Tagespost 13.11.1918.

57 Deutsche Bodensee-Zeitung 25.5.1926, Republikanertag in Konstanz.

58 Deutsche Bodensee-Zeitung 22.5.1926 (Zweites Blatt), Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit.



Einher mit den Sympathien für die Revolutionäre von 1848 ging eine scharfe Abrechnung mit dem kleindeutschen Machtstaat preußischer Prägung: *Die militaristische Gewaltpolitik Bismarcks* habe Deutschland zwangsläufig in eine Katastrophe hineinführen müssen, der *kleindeutsche Klassen- und Fürstenstaat* der Jahre 1866/70–1918 und vor allem die dritte OHL hätten durch ihre Verblendung und ihr zugleich blindes und gieriges Machtstreben die Katastrophe der Gegenwart zu verantworten<sup>59</sup>.

Dem stellte das Organ der Badischen Zentrumsparlei im Verein mit den Partnern in Reichsbanner und Koalition das Bekenntnis zu den Farben Schwarz-Rot-Gold gegenüber, die *als Symbol des werdenden sozialen Volksstaates, des Staates der inneren Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger* verstanden wurden<sup>60</sup>. Außenpolitisch sollte dem der Gedanke der Aussöhnung, insbesondere mit Frankreich, entsprechen. Nicht zufällig berichtete Hugo Baur im Umfeld des Konstanzer Republikanertages von einer gemeinsamen Fahrt katholischer Friedensfreunde auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges, in deren Zusammenhang der Opfer des Krieges gedacht werden sollte – selbstverständlich wurde dieses Gedenken verbunden mit der Mahnung vor einer neuerlichen gewaltsamen Auseinandersetzung<sup>61</sup>.

Auch in den folgenden Jahren war Baur wiederum im Zusammenspiel mit Kräften der örtlichen DDP, darunter der ehemalige Landtagsvizepräsident Martin Venedey sowie dessen Sohn Hans, ein Vertreter des linken Flügels der SPD und Reichsbanner-Kommandant in Konstanz, daran beteiligt, 1931 den XI. Internationalen Demokratischen Friedenskongress in der Bodenseemetropole zu veranstalten<sup>62</sup>. Dieser Kongress war bereits der zweite seiner Art in Baden: Schon 1923 hatte der III. Internationale Demokratische Friedenskongress in Freiburg<sup>63</sup> stattgefunden. In beiden Fällen hatten namhafte Kommunal- und Landespolitiker aller drei Koalitionsparteien gemeinsam mit dem französischen Friedensaktivisten und Abgeordneten Mark Sangnier für den Gedanken einer Aussöhnung mit Frankreich geworben. Hinzu traten weitere gemeinsame Anliegen wie die Schaffung einer europäischen Währungs-, Zoll- und Postunion und die immer wiederholte Forderung nach Abrüstung und Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit<sup>64</sup>.

59 Ebd., Großdeutschland – Schwarz-rot-gold.

60 Ebd., Die Stimme der katholischen Arbeiterschaft.

61 Deutsche Bodensee-Zeitung 26.5.1926, Internationaler Demokratischer Friedenskongress in Bierville (Paris). – Zu Baur's Engagement im Rahmen der katholischen Friedensbewegung und zur Völkerverständigung vgl. auch BAUR (wie Anm. 40) S. 60 f.

62 Deutsche Bodensee-Zeitung ab dem 5.8.1931.

63 Vgl. Kurt HOCHSTUHL, Gegen Säbelrasseln und revanchistische Tiraden. Der Internationale Friedenskongress 1933 in Freiburg, in: Württembergisch-Franken 86 (2002) S. 601–608.

64 Vgl. die vom XI. Internationalen Demokratischen Friedenskongress verabschiedete Resolution, in: Deutsche Bodensee-Zeitung 10.8.1931.

#### IV. Kulturpolitik – Spannungsfeld und schließlich Stolperstein der Weimarer Koalition

Den Parteien der Weimarer Koalition war es also, wie gerade am Beispiel des Oberbadischen Republikanertages und der beiden Internationalen Demokratischen Friedenskongresse aufgezeigt, gelungen, ein gemeinsames republikanisch-demokratisches Selbstverständnis zu entwickeln, genauso wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik eine gemeinsame Basis im politischen Tagesgeschäft bildete. Eine solche gemeinsame neue Basis bildeten Vorhaben aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Infrastruktur auch auf der kommunalpolitischen Ebene. Wiederum ist hierbei die Entwicklung in Konstanz beispielhaft. Hier hatte sich, analog zur Landesebene, eine Weimarer Koalition gefunden, die in der Mitte der 1920er Jahre eine Phase „kommunaler Expansionspolitik“ einleiten konnte. Während der Jahre 1924–29 wurden „die großen kommunalen Wohnungsbauprojekte, die Modernisierung der Technischen Werke der Stadt und der Aufbau einer städtischen Gasfernversorgung bis hin zu den Schweizerischen Gemeinden Güttingen und Stein a. Rh.“<sup>65</sup> verwirklicht. Zu den großen Infrastrukturprojekten gehörte weiterhin die Schaffung eines Flugplatzes, mittels dem die Stadt in den Flugverkehr zwischen Wien, Innsbruck und Zürich eingebunden wurde. Zugleich wurde ein kommunales Busnetz aufgebaut und durch die Anlage der Fährverbindung zwischen Konstanz-Staad und Meersburg sollte die Stadt Anschluss an das deutsche Hinterland im Linzgau gewinnen<sup>66</sup>.

Soweit die durchaus eindruckliche Erfolgsbilanz der Weimarer Koalition auf kommunaler Ebene und doch, gerade hier machten sich die Spannungen zwischen den Weimarer Parteien noch weit stärker und früher bemerkbar als auf Landesebene. So kann Werner Trapp feststellen, dass sich an Hand der Konstanzer Kommunalpolitik deutlich erkennen lässt, „wie brüchig diese Weimarer Koalition auch in Konstanz war, wie sehr lokale Kultur und Gesellschaft in ihren tiefen Schichten noch von den alten, aus der Zeit des Kulturkampfes herrührenden Frontstellungen [...] zwischen politischem Katholizismus und säkularem Liberalismus geprägt waren“<sup>67</sup>. Oder etwas anders formuliert, sobald kulturpolitische Fragen auf der Agenda des Konstanzer Stadtrats standen, entzündeten sich, fast schon zwangsläufig, massive Konflikte zwischen dem

65 Zitate: Werner TRAPP, *Vergessen und Erinnern. Versuch einer Annäherung an Otto Moericke, Konstanzer Oberbürgermeister der Weimarer Zeit*, in: Otto MOERICKE, *Erinnerungen. Mit einer Einleitung von Werner TRAPP*, hg. von Helmut MAURER (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, Bd. 30), Sigmaringen 1985, S. 9–17, hier S. 11.

66 Grundsätzlich zur Konstanzer Kommunalpolitik in der Weimarer Republik vgl. Dieter SCHOTT, *Die Konstanzer Gesellschaft 1918–1924. Der Kampf um die Hegemonie zwischen Novemberrevolution und Inflation* (Schriftenreihe des Arbeitskreises Regionalgeschichte Bodensee, Bd. 10), Konstanz 1989.

67 TRAPP (wie Anm. 65) S. 11.

Zentrum einerseits sowie Sozialdemokraten und der linksliberalen DDP andererseits.

Das Zentrum legte dabei größten Wert darauf, althergebrachte Normen und Moralvorstellungen zu bewahren und zunehmenden Säkularisierungstendenzen innerhalb der Gesellschaft entgegenzutreten. Gerade die Berufung auf den gemeinsamen katholischen Glauben bildete angesichts der großen Heterogenität innerhalb der eigenen Anhängerschaft ein wichtiges Integrationsmittel für die Zentrumspartei. Überall, wo dieser Glaube nun untergraben zu werden schien, ja an Gewicht innerhalb der Bevölkerung zu verlieren drohte, musste derartigen Tendenzen von Beginn an scharf entgegengetreten werden. Wollte das Zentrum also bewahren, so standen die Parteien der politischen Linken für die Etablierung neuer Lebensformen, für neue Moralvorstellungen und eine säkularisierte Gesellschaft<sup>68</sup>.

Zum Konfliktgegenstand entwickelten sich vor diesem Hintergrund in der Kommunalpolitik Auseinandersetzungen über die Besteuerung bzw. Zuschussung von Kinos und Theatern, genauso wie über den Bau bzw. die Unterhaltung von Krematorien gestritten wurde. Förmlich nicht enden wollenden Konfliktstoff bildeten schließlich die Zusammensetzung des örtlichen Schulausschusses und die Debatte um die Bestellung des örtlichen Schulrates.

Beispielhaft für die Streitigkeiten innerhalb der Weimarer Koalition war der vom Zentrum letztlich abgewehrte Versuch, das Konstanzer Krematorium zu kommunalisieren. Eine städtische Finanzierung des Verbrennungsofens wurde vom damaligen Stadtpfarrer Conrad Gröber als massiver Affront gegen die mehrheitlich katholische Bevölkerung der Stadt gewertet: *Die Kremation als solche ist nicht etwas objektives oder rein neutrales, sondern ein Kampfmittel gegen das positive Christentum, eine Bewegung, getragen von der Freigeisterei, überall gefördert von der Freimaurerei*<sup>69</sup>. Ein von der Stadt finanzierter Verbrennungsofen war in einer der wenigen mehrheitlich katholischen größeren Städte des Landes für den nachmaligen Freiburger Erzbischof völlig undenkbar. Sollte die Stadt das Krematorium tatsächlich übernehmen, so Gröber, müssten die Katholiken eine eigene zweite Friedhofshalle bauen. Für Gröber war also selbstverständlich, dass derartigen Säkularisierungstendenzen, die die Kremation vorantrieben, es entschieden entgegen zu treten galt. Die Erinnerung an den Kulturkampf und die Großblockära, während der katholische Normen und Werte seiner Überzeugung nach mit Füßen getreten worden waren, war noch viel zu frisch<sup>70</sup>. Die Kräfte des Großblockes sah Gröber folglich auch am Werk, als die politische Linke versuchte, in diesem Fall mit Erfolg, einen Vertreter der freireligiösen Gemeinde im städtischen Schulausschuss zu platzieren: *Es ist die linke Kulturgemeinschaft, Großblockdämmerung, Morgenwitterung in den Rei-*

68 Vgl. SCHOTT (wie Anm. 66) S. 255 mit Anm. 273.

69 Konstanzer Nachrichten 13.4.1920, vgl. auch SCHOTT (wie Anm. 66) S. 263 f.

70 Ebd., S. 248 f.

*hen all jener, welche sich einig fühlen, wenn die Werbetrommel gerührt wird zum Kampf gegen Christus und die christliche Kultur*<sup>71</sup>. Gröber sah die katholische Kirche als Vertreterin der einen Wahrheit im Glauben, angegriffen durch das Aufkommen anderer Weltanschauungen, letztlich falscher Wahrheiten, die nun sogar noch sanktioniert werden sollten, indem man ihnen Gehör im städtischen Schulausschuss schenkte.

Ein weiteres Beispiel für die scharfen Reibereien innerhalb der Weimarer Koalition bildete die Bewertung des Kinos. Wenngleich allgemein im Konstanzer Stadtrat zeitweilig Bedenken am Niveau mancher Kinovorstellungen geäußert wurde – so war es doch vor allem die Zentrumspartei, die gegen die *Kino-seuche* zu Felde zog: *Aber ich sage, Berlin kann uns nicht maßgebend sein. Was in Berlin [im Kino] gespielt werden darf, darf nicht in Konstanz aufgeführt werden. In Berlin ist die gesamte Bürgerschaft mehr denn je sittlich verseucht, es muss dafür gesorgt werden, dass bezüglich der Filme, die hier gespielt werden, eine Nachzensur in Konstanz möglich ist*<sup>72</sup>. Letztlich konnte sich die Zentrumsfraktion mit dem Wunsch einer Nachzensur nicht durchsetzen, sie unterlag genauso wie bei der Bestellung des Stadtschulrates.

Derartige Konflikte zwischen Katholiken einerseits sowie Sozialdemokraten und Liberalen andererseits erscheinen lokal begrenzt. Doch konnten sie schnell eskalieren und eine eigene Dynamik entfalten, mithin das Koalitionsklima auf Landesebene beeinträchtigen. Nachdem es dem Zentrum nicht gelungen war, 1922 den eigenen Kandidaten bei der Wahl des Stadtschulrates durchzubringen, gelang es den Konstanzer Katholiken, einen grundsätzlichen Aufsatz im Badischen Beobachter zu platzieren, also das Thema im Hauptorgan der Badischen Zentrumspartei zur Sprache zu bringen. In dem genannten Artikel wurde erneut betont, *die Demokraten würden wie in Vorkriegszeiten versuchen, mit Hilfe der Sozialdemokratie am Zentrum vorbeizuregieren*. Der Fall in Konstanz belege die bewusste Hintansetzung von Katholiken bei Stellen im Öffentlichen Dienst, in dem diese noch immer nicht angemessen vertreten seien<sup>73</sup>. Noch schärfer wurde der Ton, als an anderer Stelle das sozialdemokratische Konstanzer Volksblatt provozierte und einen Artikel gegen die Diskriminierung unehelicher Mütter unter dem Titel *Mater dolorosa* veröffentlichte. Damit war aus Sicht des Zentrums die Mutter Gottes mit einer unehelichen Mutter, im Verständnis des Zentrums einer Dirne, in einem Atemzug genannt. Als Ergebnis beschwerten sich gleich mehrere katholische Zeitungen beim SPD-Landesvorstand und verlangten den Austritt der Zentrumspartei aus der Koalition mit der SPD in Karlsruhe<sup>74</sup>.

71 Konstanzer Nachrichten 3.12.1921; SCHOTT (wie Anm. 66) S. 269. – Zum Streit um die Besetzung des Schulausschusses vgl. auch ebd., S. 266–271.

72 Protokoll der Stadtratssitzung vom 1.12.1920, in: StadtA Konstanz S II 12435, zit. in: SCHOTT (wie Anm. 66) S. 254, zum Streit um die Bewertung des Kinos ebd., S. 249–255.

73 Vgl. den Abdruck des Artikels aus dem Badischen Beobachter in den Konstanzer Nachrichten 10.8.1922; vgl. SCHOTT (wie Anm. 66) S. 272.

Anders als auf kommunaler, standen auf Landesebene kulturpolitische Fragen am Beginn der 1920er Jahre nicht im Vordergrund, gleichwohl zeichneten sich auch hier mögliche Konflikte zwischen den Koalitionspartnern bereits ab. Zwar hatte sich die Zentrumsparterie mit der in Baden 1876 vollzogenen Einführung der Simultanschule abgefunden, dennoch wurde von Zentrumsseite stets betont, über deren christlichen Charakter wachen zu müssen. Sollte die Stellung des Religionsunterrichts in der Simultanschule in Frage gestellt werden, so die stets drohende Warnung, würden die gläubigen Katholiken sofort mit Schulstreik reagieren und einen neuerlichen Kulturkampf nicht scheuen<sup>75</sup>. Zur Verteidigung des christlichen Charakters der Grundschule sahen es dementsprechend auch viele Pfarrherren als im Grunde selbstverständlich an, konfessionslose Lehrer bzw. solche, die die Erteilung des Religionsunterrichtes verweigerten, aus der Gemeinde zu drängen. Selbstverständlich gab dies dem kulturpolitischen Sprecher der Sozialdemokratie regelmäßig Anlass zu Klagen im Landtag, nicht zuletzt deshalb, da es rein verfassungsmäßig ohne weiteres möglich war, die Erteilung des Religionsunterrichtes niederzulegen, ohne deshalb als Lehrer Sanktionen fürchten zu müssen<sup>76</sup>.

Seit Mitte der 1920er Jahre rückten kulturpolitische Fragen jedoch verstärkt in den Fokus der Landespolitik, womit sich zugleich das Koalitionsklima eintrübte. Ausgangspunkt bildete im Herbst 1925 eine Vorlage von Kultusminister Willy Hellpach, in der dieser die Vorstellungen von Linksliberalen und Sozialdemokraten zur Neuordnung der Lehrerbildung artikulierte<sup>77</sup>. Die Vorlage Hellpachs sah das Abitur als Zulassungsvoraussetzung für den Besuch einer simultanen Lehrerbildungsanstalt vor. Doch musste der Kultusminister erleben, dass sein Entwurf bereits im zuständigen Landtagsausschuss von der Zentrumsparterie im Zusammenspiel mit den Deutschnationalen (!) abgelehnt wurde. Der nachfolgende Landtagswahlkampf offenbarte erstmals Differenzen innerhalb der Weimarer Koalition. Dabei schürte die Zentrumsparterie bei ihrer Wählerschaft die Furcht vor einem neuerlichen Großblock<sup>78</sup>. Im Ergebnis hatte die Haltung der Zentrumsparterie das vorläufige Ausscheiden der DDP aus der Regierungskoalition zur Folge, so dass Baden für ein Jahr von einem schwarz-roten Kabinett regiert wurde. In diesem übernahm Adam Remmele (SPD) das Kultusministerium und legte dabei ein Lehrerbildungsgesetz vor, das so gut wie gar kein

74 Vgl. Konstanzer Volksblatt 22.4.1922 und 6.5.1922; vgl. auch SCHOTT (wie Anm. 66) S. 278.

75 Vgl. WIELANDT (wie Anm. 29) S. 170–173, 179–185.

76 Vgl. ebd., S. 213–221.

77 Zum Konflikt um das Lehrerbildungsgesetz vgl. ebd., 117–121, 143–157, 222–229; Hans-Georg MERZ, Lehrerbildung in Baden in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit, in: Lehrerbildung und Erziehungswissenschaften. 25 Jahre Pädagogische Hochschule Freiburg, hg. von Wolfgang HUG, Freiburg i.Br. 1987, S. 43–81, hier S. 47 ff.; Jutta STEHLING, Weimarer Koalition und SPD in Baden, Frankfurt a.M. 1976, S. 235 ff.

78 Joseph SCHOFER, Ausblick, in: Zentrums politik auf dem badischen Landtag 1925–1928 (wie Anm. 46) S. 82–85, hier S. 82 f.

sozialdemokratisches Gedankengut, dagegen vollständig die Forderungen der Zentrumspartei enthielt: Insgesamt wurden in Baden drei Lehrerbildungsseminare eingerichtet, dabei stand ein simultanes in Karlsruhe einem protestantischen in Heidelberg und einem katholischen in Freiburg gegenüber. Damit hatte die konfessionelle Lehrerbildung im Simultanschulland Baden Eingang gefunden! Auch genügte entsprechend dem Wunsch der Zentrumspartei bereits die Primarreife nach Absolvierung eines einjährigen Vorkurses für den Besuch der Lehrerbildungsanstalt. Selbstverständlich genoss in den kommenden Jahren die Freiburger Lehrerbildungsanstalt, obwohl diese über die geringste Frequenz verfügte, die besondere Förderung seitens der Zentrumspartei.

Insgesamt kann die Verabschiedung des Lehrerbildungsgesetzes 1925/26 als Erfolg der Zentrumspartei angesehen werden, die SPD war innerhalb der Koalition „eingeknickt“. Der Verdacht der Opposition, die Sozialdemokratie habe für das Lehrerbildungsgesetz gestimmt, um nur ja die Koalition am Leben zu erhalten<sup>79</sup>, liegt durchaus nahe.

Auch in den kommenden Jahren verschlechterte sich das Koalitionsklima weiter – insbesondere im Zusammenhang mit dem Reichsschulgesetzentwurf von Reichsinnenminister Walter von Keudell<sup>80</sup>. Nunmehr versuchte die Zentrumspartei, wenn auch am Ende vergeblich, durch entsprechende Instruktion des badischen Vertreters im Reichsrat dem Reichsschulgesetzentwurf zur Mehrheit zu verhelfen und auf diesem Wege längerfristig wieder zur Konfessionsschule zurückzukehren. Bekanntlich scheiterte der Reichsschulgesetzentwurf im Reichsrat, innerhalb der badischen Koalition war das Klima inzwischen jedoch verdorben: Auf der einen Seite Ernst Föhr, der schon bald den Landes- und Fraktionsvorsitz des Badischen Zentrums übernehmen sollte, der massiv gegen die Simultanschule polemisierte und mit Nachdruck Art. 120 der Reichsverfassung und das darin festgelegte Recht der gläubigen Eltern auf eine religiöse Erziehung ihrer Kinder betonte – was konkret die Forderung nach Wiederherstellung der Konfessionsschule beinhaltete – auf der anderen Seite der badische Lehrerverein sowie Sozialdemokraten und Linksliberale, die sich den Erhalt der Simultanschule auf die Fahnen geschrieben hatten, deren Vertreter im Kabinett jedoch genau zu diesem Thema keinen Widerspruch gegenüber dem Zentrum gewagt hatten.

Zu einer weiteren Verschlechterung des Koalitionsklimas kam es mit der 1929 einsetzenden Debatte über den Abschluss eines Badischen Konkordats<sup>81</sup>.

79 Vgl. Verhandlungen des Badischen Landtages, Heft 545, Sp. 1513.

80 Zum Folgenden Abschnitt vgl. WIELANDT (wie Anm. 29) S. 232–240 (mit weiterführenden Literaturhinweisen).

81 Vgl. Ernst FÖHR, Geschichte des Badischen Konkordats, Freiburg 1957; Susanne PLÜCK, Das Badische Konkordat vom 12. Okt. 1932 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 41), Mainz 1984; Joachim KÖHLER, Die katholische Kirche in Baden und Württemberg in der Endphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches,

Im 19. Jahrhundert war es zu keinem Konkordat zwischen Baden und dem Heiligen Stuhl gekommen, vielmehr markierte die deutliche Ablehnung eines Konkordatsentwurfs im Jahr 1859 den Beginn des Badischen Kulturkampfes. Die staatskirchlichen Verhältnisse Badens beruhten demnach noch immer auf zwei Bullen aus den Jahren 1821 und 1827, auf deren Grundlage die Erzdiözese Freiburg errichtet worden war. Seitens der römischen Kurie wurde während der Weimarer Zeit nunmehr auf den Abschluss eines Konkordats gedrängt: Dabei betonte der Heilige Stuhl das Ende der Monarchie, womit zugleich der Vertragspartner aus den Jahren 1821 bzw. 1827 weggefallen sei. Zudem verwies die Kurie auf das 1917 neu in Kraft getretene Kirchenrecht, gemäß dem Rom beanspruchte, den Freiburger Erzbischof zukünftig frei ernennen zu können, ohne auf das Wahlrecht des Domkapitels Rücksicht nehmen zu müssen<sup>82</sup>.

Bei der Wahl von Erzbischof Carl Fritz 1919 hielt die Kurie grundsätzlich an diesem Anspruch fest, ernannte jedoch letztlich den vom Domkapitel vorgeschlagenen Kandidaten, womit diesbezügliche Konflikte für den Augenblick in den Hintergrund traten<sup>83</sup>. Die Konkordatsfrage trat aber auch deshalb in den Hintergrund, da sich Nuntius Eugenio Pacelli zunächst einmal vergeblich um ein Reichskonkordat bemühte, gleichzeitig fehlte in Baden eine politische Kraft, die ihrerseits aktiv den Abschluss eines Konkordats betrieb. Sowohl Erzbischof Fritz als auch Schofer und Köhler waren prinzipiell mit den der Kirche gesetzlich gewährten Regelungen zufrieden und wollten wegen der Frage eines Konkordats keinen Konflikt mit den Koalitionspartnern eingehen<sup>84</sup>.

Eine grundsätzliche Änderung trat mit dem Abschluss des preußischen Konkordates 1929 ein: Nachdem es Eugenio Pacelli gelungen war, eine Übereinkunft mit der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen zu erzielen, konzentrierten sich seine Bemühungen nunmehr auf Baden, wo die Voraussetzungen, zumal nach deutlichen Stimmengewinnen der Zentrumsparterie bei der Landtagswahl im Oktober 1929, sogar noch günstiger erschienen<sup>85</sup>. Zudem war es auch innerhalb der Badischen Zentrumsparterie zu einem neuerlichen Generationenwechsel gekommen: Joseph Schofer war bereits schwer erkrankt und verstarb Ende Oktober 1930, Heinrich Köhler war nach seiner Ernennung zum

in: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, hg. von Thomas SCHNABEL, Stuttgart 1982, S. 254–294, hier S. 259 ff.; Gerhard KALLER, Baden in der Weimarer Republik, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Band 4: Die Länder seit 1918, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER / Meinrad SCHAAB, Stuttgart 2003, S. 23–72, hier S. 43 ff.

82 Vgl. FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 7 f.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 24 ff.; Überblick über die rechtliche Ausgangslage komprimiert bei KÖHLER (wie Anm. 81) S. 259.

83 FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 8; Hans-Peter FISCHER, Die Freiburger Erzbischofswahlen und der Episkopat v. Thomas Nörber: Ein Beitrag zur Diözesangeschichte (FOLG, 41), Freiburg i. Br. 1997, S. 321 ff.

84 FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 9, 11; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 31 f.

85 Zu Wahlergebnis, zu Koalitionsverhandlungen und ersten Gesprächen über ein badisches Konkordat vgl. FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 14 ff.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 49 ff.

Reichsfinanzminister 1927 aus der Landespolitik vollständig ausgeschieden. Gleichzeitig drängten mit Eugen Baumgartner und Ernst Föhr jüngere Kräfte an die Spitze der Landespartei, die in jedem Fall den Abschluss eines Konkordates anstrebten.

Das Thema Konkordat bildete dementsprechend auch einen zentralen Gegenstand der Koalitionsverhandlungen 1929, die DDP lehnte ein Konkordat von Beginn an ab und schied endgültig aus der Koalition aus. Die SPD willigte letztendlich widerstrebend ein, reservierte jedoch vor allem Remmele neuerlich das Kultusministerium. Dieser behandelte die Konkordatsfrage in den kommenden beiden Jahren dilatorisch, ein erster Konkordatsentwurf Remmeles wurde vom Heiligen Stuhl abgelehnt<sup>86</sup>. Dies galt auch für einen Entwurf seitens der Zentrumsfraktion, den Eugen Baumgartner ausgearbeitet hatte. Innerhalb der Regierungskoalition wurde klar das Bestreben der Zentrumspartei erkennbar auf den Koalitionspartner Druck zu machen, u. a. konnte Föhr erreichen, dass seitens des Evangelischen Volksdienstes der Antrag eingebracht wurde, gleichzeitig zum Konkordat auch einen evangelischen Staatskirchenvertrag anzustreben<sup>87</sup>. Dieser Antrag war ganz im Sinne Föhrs, da damit auch andere Parteien ein Interesse am Abschluss des Konkordats bekundeten. Dies galt vor allem für die DVP, deren Vertreter zugleich der evangelischen Landessynode angehörten und deren Regierungseintritt 1931 wiederum gegen den Willen der Sozialdemokraten durchgesetzt werden konnte<sup>88</sup>. Im Zuge der damit einhergehenden Kabinettsumbildung konnte schließlich auch Remmele als Kultusminister verabschiedet und das Unterrichtsministerium erstmals in einem deutschen Bundesstaat überhaupt mit einem Zentrumspolitiker besetzt werden.

Aber auch mit einem Kultusminister der Zentrumspartei gestalteten sich die weiteren Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl schwierig, diese konnten erst im August 1932 abgeschlossen werden<sup>89</sup>. Die Paraphierung des Konkordats erfolgte am 12. Oktober 1932 in Hegne<sup>90</sup>. Weitgehend bestätigten die Bestimmungen des Konkordats lediglich den Status der Kirche, bzw. die der Kirche vom badischen Staat bislang auf gesetzlichem Wege zugestandenen Rechte wurden hier nochmals völkerrechtlich fixiert. Gleichwohl kam es unmittelbar nach Bekanntwerden des Konkordatsabschlusses zu einem regelrechten *Konkordatsrummel*, hierbei machten Nationalsozialisten und Kommunisten im gleichen Maße Stimmung gegen das Konkordat wie die DDP<sup>91</sup>. Entscheidend wurde

86 Zum Konkordatsentwurf Remmeles vgl. FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 19 ff.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 64 ff.

87 FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 30 f.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 55 ff.

88 Zur Regierungsumbildung 1931 vgl. FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 22; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 73 f.

89 Vgl. FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 36 ff.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 112 ff.

90 FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 44; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 127 ff.

91 FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 44 ff.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 133 ff.



nummehr aber die Haltung der Kommunisten, die massiv Druck auf die Sozialdemokratie ausübten<sup>92</sup> – die Stellung der SPD im Kabinett war ohnehin schon weiter geschwächt. Im August war Innenminister Emil Maier überraschend gestorben, der, obwohl Sozialdemokrat, auch gläubiger Katholik war und den Konkordatsabschluss prinzipiell befürwortet hatte. Die SPD war nur noch durch Staatsrat Rückert im Kabinett vertreten, der lediglich kommissarisch das Innenministerium verwaltete. Rückerts Wahl zum Innenminister machte Föhr von der Zustimmung der SPD zum Konkordat abhängig. Druck übte jedoch nicht nur die Zentrumsparterie, sondern auch die KPD aus, die der Wählerschaft einredete, die SPD habe nichts weiter als *schamlose Betrugsmanöver im Sinn*, denn sobald *das Geschäft des Stimmen- und Dummenfangs*, sprich die Reichstagswahl vom 6. November 1932 vorbei sei, werde die SPD dem Konkordat ohne weiteres zustimmen. In diesem Sinne stellten die Kommunisten ihre Wahlkampagne unter die Devise *Schluss mit den Steigbügelhaltern der schwarzen Reaktion*. Es bedürfe einer *Einheitsfront im Kampf gegen die Konkordatschacherer und Notverordnungspolitiker*<sup>93</sup>.

Diesem Druck war die badische SPD letztlich nicht gewachsen. Ein taktisch motivierter Vorschlag Rückerts und der Landtagsfraktion, sich der Stimme zu enthalten und damit dem Konkordat letztlich zur Mehrheit zu verhelfen, fiel auf dem SPD-Landesparteitag in Offenburg Ende November 1932 durch. Am folgenden Tag verließ die SPD die Regierungskoalition, ohne damit die denkbar knappe Annahme des Konkordats mit den Stimmen von Zentrum, DVP und Wirtschaftspartei verhindern zu können<sup>94</sup>.

Für die Zentrumsparterie bedeutete die Annahme des Konkordats einen politisch großen Erfolg, hier war man der Überzeugung, das traumatische Erlebnis des Jahres 1859, als die Ablehnung des Konkordats durch den Landtag den Startschuss zum badischen Kulturkampf gegeben hatte, überwunden zu haben. Nunmehr endlich waren die Rechte der katholischen Kirche in einem völkerrechtlichen Vertrag festgelegt. Gleichwohl bleibt es unverständlich, weshalb Prälat Föhr auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Staatskrise glaubte von der Annahme des Konkordats als einer *Notwendigkeit* sprechen zu müssen. Angesichts überaus hoher Arbeitslosenzahlen hätte der Zusammenhalt einer stabilen Regierungskoalition mit dem Partner SPD in jedem Falle Priorität genießen müssen. Schon vor dem Generalangriff der Nationalsozialisten auf die letzte demokratisch gewählte Staatsregierung im März 1933 war diese erheblich ge-

92 Zum Folgenden vgl. Erich MATTIAS, Die Mannheimer Sozialdemokraten und der Bruch der badischen Koalition am 30. November 1932, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15 (1979) S. 437–442; auch PLÜCK (wie Anm. 81) S. 149 ff.

93 Zusammenstellung der Schlagworte der Arbeiterzeitung aus dem November 1932 bei MATTHIAS (wie Anm. 92) S. 439 f.

94 Zur parlamentarischen Behandlung des Konkordats vgl. FÖHR, Geschichte (wie Anm. 81) S. 49 ff.; PLÜCK (wie Anm. 81) S. 153 ff.

schwächt und verfügte im Landtag nur noch über eine hauchdünne Mehrheit. Natürlich muss man auch der Sozialdemokratie vorwerfen, in der gesamten Konkordatsfrage keine klare Linie verfochten zu haben und am Ende panisch aus Angst vor weiteren Stimmenverlusten an die Kommunisten gehandelt zu haben. Zugleich wird jedoch am Verhalten von Zentrum und Sozialdemokratie deutlich, wie sehr das Denken beider Koalitionspartner in der Weimarer Zeit noch immer durch die Auseinandersetzungen des Kulturkampfes, also noch des vorherigen Jahrhunderts, geprägt, ja gefangen war. Damit ist im Grunde genommen die Frage nach der Bewertung der Zusammenarbeit beider Parteien beantwortet: Obwohl Zentrum und Sozialdemokraten ohne Zweifel beide auf wichtigen Gebieten wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik und Infrastrukturproblemen nahezu gleichrangige Ziele verfochten und gemeinsam für den demokratischen Verfassungsstaat nach innen sowie Völkerverständigung nach außen eintraten, waren es letztlich kulturpolitische Auseinandersetzungen, die während der gesamten Weimarer Zeit zunächst auf kommunaler und schließlich auf Landesebene immer mehr zum Spannungsfeld und schließlich zum Stolperstein der Koalition in der denkbar unglücklichsten Stunde werden sollten.